

Station 2:

Geschäfte machen mit Saatgut: Der traditionelle Kreislauf des Saatguts und die kommerzielle Saatgutherstellung

Unternehmen interessierten sich lange Zeit nicht für Saatgut. Warum? Weil es sich von selbst vermehren kann und für Bäuer*innen kein Bedarf bestand, Saatgut von Unternehmen zu kaufen. Bäuer*innen können das benötigte Saatgut einfach selbst herstellen oder mit anderen Bäuer*innen tauschen, handeln oder gar verschenken. Niemand braucht Saatgut zu kaufen, wenn man es auch selbst herstellen kann, oder?

Es gibt Unternehmen, die dennoch mit der Herstellung und dem Verkauf von Saatgut Geld verdienen. Aber wie funktioniert das? Dafür darf Saatgut kein Gemeinschaftseigentum (oder auch „Allmendegut“) mehr sein, sondern muss ein Privatgut werden. Denn ein Allmendegut zeichnet sich dadurch aus, dass es als natürliche Ressource gemeinschaftlich von einer festgelegten Gemeinschaft genutzt wird. Die Nutzung dieser natürlichen Ressource basiert auf Regeln, die von dieser Gemeinschaft festgelegt wurden.

So sind Allmendegüter zwar keine öffentlichen Güter, aber eben auch keine Privatgüter, mit denen man Geschäfte machen kann. Um mit Saatgut Geld verdienen zu können, muss man es zu solch einem Privatgut machen. Dies kann man auf unterschiedlichen Wegen erreichen:

Ein Weg ist die Züchtung von Hybriden (nicht zu verwechseln mit Gentechnik!). Die sogenannten Hybride werden seit Anfang des 20. Jahrhunderts aufwendig und teuer gezüchtet, um gewünschte Eigenschaften bei Pflanzen hervorzubringen. Diese Pflanzen sind durch Inzucht nicht mehr verlässlich vermehrbar. Vermehrt man die Hybride trotzdem, dann riskiert man, dass die nächste Pflanzengeneration kaum Erträge bringt (oder sonstige Mängel hat) und damit für den Anbau nicht mehr geeignet ist. Für eine sichere Ernte müssen Bäuer*innen deshalb jedes Jahr wieder neues Hybridsaatgut kaufen.

Traditionelles, samenfestes Saatgut hingegen wird durch klassische Selektionszüchtung hergestellt. Das bedeutet die Entwicklung neuer Sorten durch gezielte Auswahl von einzelnen Pflanzen mit erwünschten Eigenschaften aus großen Pflanzenbeständen. Pflanzen von diesem Saatgut sind häufig sehr robust gegen Schädlinge und Umwelteinflüsse. Das neue Saatgut kann ohne Verluste vermehrt und neu gesät werden.

Für die industrielle Landwirtschaft lassen sie sich die Vorteile folgendermaßen zusammenfassen: Im Vergleich zu samenfesten Sorten variieren ihre Früchte weniger im Aussehen, die Pflanzen sind einheitlicher und haben einen (vergleichsweise) höheren Ertrag. Diese Vorzüge sind jedoch nur unter optimalen Bedingungen zu erwarten: genügend spezieller Dünger, genügend Bewässerung, Einsatz von vielen, speziellen Pestiziden. Oft ist es für Bäuer*innen jedoch schwierig, diese optimalen Bedingungen auf ihren Feldern bereitzustellen.

Seit den 1930er Jahren gibt es auch ein rechtliches Werkzeug, um Saatgut zu einem gewinnbringenden Privatgut zu machen: die geistigen Eigentumsrechte an pflanzengenetischem Material. Diese Eigentumsrechte werden mittels Patenten (siehe Grafik) und Sortenschutzbestimmungen geschützt und werden durch einige internationale Verträge und Abkommen wie beispielsweise der UPOV (Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen) begünstigt.

Mithilfe von Gentechnik und anderen biotechnologischen Verfahren entwickeln Unternehmen aber auch „neue“ Pflanzensorten, d.h. Pflanzensorten mit neuen Eigenschaften.

Eine solche „neue“ Pflanzensorte zu entwickeln, braucht viel Zeit und kostet Geld. Damit sich die teure Forschung für Unternehmen lohnt, müssen alle, die dieses Saatgut anbauen, Geld an die Unternehmen zahlen (Lizenzgebühren). Kaufen Bäuer*innen dieses Saatgut, so dürfen sie das Saatgut entweder nicht neu aussäen, oder dies nur gegen eine so genannte Nachbaugebühr tun. Das bedeutet, dass Bäuer*innen Geld an das Unternehmen zahlen, wenn sie ihr bereits gekauftes Saatgut vermehren und im nächsten Jahr neu aussäen möchten. Auch der Weiterverkauf und Tausch dieses Saatguts ist oft verboten: halten sich die Bäuer*innen nicht an die Verbote, drohen mitunter sehr hohe Geld- oder sogar Freiheitsstrafen.

Bäuer*innen werden dazu gebracht, das Saatgut der Unternehmen zu kaufen und nicht weiter an ihren traditionellen Saatgutssystemen (nämlich der eigenen Saatgutherstellung) festzuhalten. Dafür gibt es unterschiedliche Wege.

In vielen Ländern der Welt geben Gesetze vor, welches Saatgut angebaut werden darf bzw. welche Sorten auf den Markt kommen. Sie basieren u.a. auf internationalen Verträgen, wie beispielsweise auf dem Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) oder dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV). Dann sind Bäuer*innen zur Verwendung der industriell gezüchteten Sorten gezwungen. Es gibt also nicht nur Gesetze, die geistige Eigentumsrechte an Pflanzen ermöglichen, sondern auch Gesetze, die bestimmen, welche Sorten dann auf den Markt gelangen. Aber auch auf freiwilliger Basis aufgrund von Werbung entscheiden sich Bäuer*innen für das Saatgut der Unternehmen.

Auch wenn es laut Gesetz verboten ist, Patente auf Leben zu erteilen, so finden Unternehmen immer wieder rechtliche Schlupflöcher für Patentanmeldungen. Zu unrecht vergebene Patente, wie z. B. das 2013 an Monsanto vergebene Patent auf Brokkoli, wurde 2018 aufgrund eines Einspruches vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen widerrufen.